Resolution zur Kreistagssitzung am 12.12.2022

Verarmung von Kommunen, Landkreisen, Ländern und der Bürger des Landkreises Darmstadt Dieburg verhindern- Steuern für Reiche erhöhen.

Beschlussfassung:

1. Der Kreistag Darmstadt Dieburg fordert die hess. Landesregierung auf, sich mit und entsprechenden Bundesratsinitiative für Maßnahme der Umverteilung und der gerechten Steuern zur Stärkung der Demokratie und zur Stärkung der Gebietskörperschaften einzusetzen. Die finanziellen Rahmenbedingungen für den Landkreis und seine 23 Kreiskommunen müssen nachhaltig verbessert werden. Die Finanzbedingungen zwischen Bund, Länder, Landkreise und Gemeinden müssen auf solide bürgerfreundliche Grundlagen gestellt werden.

Dazu gehört die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer in Form einer Millionärssteuer von 5 Prozent auf private Millionenvermögen.

Dazu gehört eine deutliche Anhebung der Erbschaftssteuer auf große Vermögen.

Dazu gehört die Anhebung des Spitzensteuersatzes von derzeit 42 Prozent auf 53 Prozent.

Dazu gehört die Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes von 25 % auf 40 %.

Dazu gehört die Rücknahme der Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne beim Verkauf von Unternehmensbeteiligungen.

Begründung:

Die Kreispolitik mit seinen 23 Kommunen stehen oft vor einem finanziellen Kollaps. Stadtwerke, öffentliche Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen droht die Insolvenz.

Die Bürger des Landkreises Darmstadt Dieburg verarmen in Folge der Pandemie, den Kriegskosten, der Inflation und der höheren Energieabgaben. Selbst die Wirtschaftsweisen fordern eine höhere Besteuerung der Vermögenden.

Der Landkreis benötigt die Einnahmen einer Steuerreform die die höheren Vermögen belastet und deren Einnahmen direkt den Kommunen, Landkreisen und Ländern zu gute kommen. Massive Kürzungen und unbefriedigende Erhöhung der Sozialleistungen – z.B. dem Bürgergeld – sind nicht mehr hinzunehmen. Der Reichtum in der Krise von Unternehmen

und vermögenden Privatpersonen steigt ungebremst. Hier eine Übersicht der reichsten Deutschen:

Geld ist in der Krise genug da. Damit der Landkreis und seine Kommunen ihren Verpflichtungen nachkommen können. Damit sich nicht immer mehr Bürger von der Politik abwenden, ist diese Resolution wichtig.

Sie umzusetzen ist Aufgabe des Kreistages Darmstadt Dieburg

DIE LINKE

Werner Bischoff